

**Anlage 3**

**Antrag  
auf Gewährung eines Zuschusses für politische Bildungsarbeit  
für den Parteien nahestehende Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen  
im Rahmen einer Projektförderung**

An das  
Ministerium des Innern und für Kommunales  
des Landes Brandenburg  
Referat 26  
Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13  
14467 Potsdam

<b>1. Antragsteller</b>	
Name/Bezeichnung:	
Anschrift:	
Auskunft erteilt:	Ansprechperson:
	Telefon:
	E-Mail:
Bankverbindung:	IBAN:
	Kreditinstitut:

<b>2. Antragstellung</b>	
<input type="checkbox"/>	<p>Es wird ein Zuschuss für Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern entsprechend den vom Landtag Brandenburg für verbindlich erklärten Erläuterungen zum Titel 684 10 im Kapitel 20 020 im Haushaltsgesetz und Haushaltsplan beantragt. Der Zuschuss steht für Fachtagungen, für Konferenzen und Seminare, Veröffentlichungen sowie für die Beratung von Mandatsträgern einschließlich der Erarbeitung von Stellungnahmen für die politische Arbeit und für notwendige Verwaltungskosten zur Verfügung.</p>

<b>3. Maßnahme</b>	
Bezeichnung des Projekts:	
Voraussichtlicher Durchführungszeitraum: Zeitraum Auslösen der Aufträge bis Zahlung der Rechnung	
Beschreibung des Projekts: insbesondere Angaben zu Zielen, Zielgruppe(n), Inhalten, Methoden, geplanter Teilnehmerzahl, Referentinnen und Referenten, Veranstaltungsart, Veranstaltungstermin und -ort, Dauer, Umfang usw.:	
Angaben zur Notwendigkeit und Angemessenheit der Förderung:	

<b>4. Gesamtkosten</b>		
Kostenberechnung	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Gesamthöhe nach Kostenberechnung	Euro	
Beantragte Zuwendungshöhe	Euro	

<b>5. Finanzierungsplan</b>		
Finanzierungsplan Vorzulegen ist eine aufgliederte Berechnung der mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben mit einer Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung und ggf. Stellenpläne.	<input type="checkbox"/> liegt bei	
	<input type="checkbox"/> liegt bereits vor	
Gesamtkosten	Euro	
Eigenanteil	Euro	
Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	Euro	
Beantragte Zuwendung	Euro	
Zuwendungen anderer öffentlicher Stelle(n)	Euro	
	<input type="checkbox"/> beantragt <input type="checkbox"/> bewilligt  Kontaktdaten der öffentlichen Stelle(n):	
Sonstige Einnahmen (z. B. Teilnehmerbeiträge)	Euro	

<b>6. Unterlagen</b>	
Satzung (aktuelle Fassung)	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Gründungsprotokoll	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Aktueller Vereinsregisterauszug	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Angaben zu Funktionen von Entscheidungsträgern des Antragstellers zum Nachweis der parteirechtlichen Selbstständigkeit der den Antrag stellenden parteinahen Stiftung oder kommunalpolitischen Vereinigung (vgl. BVerfG, Urteil vom 14.07.1986, 2 BvE 5/83) Dafür kann die Tabelle zum Antragsvordruck genutzt werden.	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Angaben zu den Wahlergebnissen der dem Antragsteller nahestehenden Partei zum Nachweis, dass die Partei, die dem Antragsteller nahesteht, eine dauerhafte, ins Gewicht fallende politische Grundströmung repräsentiert (vgl. BVerfG, Urteil vom 14.07.1986, 2 BvE 5/83)	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Angaben dazu, dass die Partei, die dem Antragsteller nahesteht, nach dem endgültigen Ergebnis der letzten drei Landtagswahlen oder bei der letzten Landtagswahl, der letzten Bundestagswahl und der letzten Europawahl mindestens 5 Prozent der im Land Brandenburg abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht hat bzw. bei einer Partei nahestehenden kommunalpolitischen Vereinigung ggf. Angaben dazu, dass die Partei im Landtag vertreten ist und in mindestens der Hälfte der Kreistage bzw. Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags vertreten ist	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Anerkennungsbeschluss der nahestehenden Partei (nur bei erstmaliger Antragstellung oder bei erneuter Antragstellung auf Grund einer Unterbrechung der Förderung)	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
Vollmacht	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor
	<input type="checkbox"/> liegt bei <input type="checkbox"/> liegt bereits vor

<b>7. Erklärungen</b>	
<p>Es wird erklärt, dass eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug oder ein sonstiger Anspruch auf Erstattung von Umsatzsteuer</p> <p><input type="checkbox"/> allgemein <input type="checkbox"/> für das betreffende Vorhaben</p> <p><input type="checkbox"/> nicht besteht.</p> <p><input type="checkbox"/> besteht und dies bei der Finanzierungsplanung berücksichtigt wurde (Ausweisung ohne Umsatzsteuer).</p>	
<input type="checkbox"/>	<p>Es wird erklärt, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird.</p> <p>Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrags zu werten.</p> <p><u>Hinweis:</u> Es besteht die Möglichkeit, schriftlich den vorzeitigen Maßnahmebeginn unter Angabe von Gründen, weshalb mit der Ausführung der Maßnahme nicht abgewartet werden kann, zu beantragen. Die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns ist abzuwarten. Der vorzeitige Maßnahmebeginn erfolgt auf eigenes finanzielles Risiko. Die etwaige Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns begründet keinen Anspruch auf Förderung.</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Es wird erklärt, dass die Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam für die Projektfinanzierung und ausschließlich für den Zuwendungszweck verwendet werden.</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Es wird erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Es wird erklärt, dass bei Bestreiten der Gesamtausgaben überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand die Beschäftigten nicht bessergestellt werden als Landesbedienstete mit entsprechenden Tätigkeiten. Im Falle einer gemeinsamen Finanzierung mit dem Bund werden Beschäftigte nicht bessergestellt als Bedienstete des Bundes mit entsprechenden Tätigkeiten.</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Es wird erklärt, dass die beantragte Zuwendung nicht weitergeleitet wird.</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Es wird erklärt, dass nach Einreichen des Projektantrags der Bewilligungsbehörde alle Änderungen mitgeteilt werden, die Auswirkungen auf die Leistungen haben können (z. B. zusätzliche Eigenmittel, Förderung Dritter, Insolvenz usw.).</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Ich habe Kenntnis genommen von</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der der Förderung zugrundeliegenden Richtlinie des Ministeriums des Innern und für Kommunales für Zuwendungen an parteinahe Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen für Zwecke der politischen Bildungsarbeit vom 24. Mai 2023 (ABl. S. 618) und</li> <li>- den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (Anlage 15 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 LHO).</li> </ul>
<input type="checkbox"/>	<p>Es wird erklärt, dass die in diesem Antrag gemachten Angaben (einschließlich vorgelegter Antragsunterlagen) vollständig und wahrheitsgemäß sind.</p>

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

\_\_\_\_\_  
Name(n)

Die im Antrag enthaltenen personenbezogenen Daten und sonstigen Angaben werden vom Ministerium des Innern und für Kommunales im Rahmen seiner Zuständigkeit verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe dieser Daten an andere Stellen richtet sich nach dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz (BbgDSG) bzw. der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Nach den Voraussetzungen, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14.07.1986, 2 BvE 5/83, aufgestellt worden sind, ist die parteirechtliche Selbstständigkeit der parteinahen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen nachzuweisen. Dazu werden alle erforderlichen Angaben gemacht, insbesondere über:

	hinsichtlich ihrer Funktionen in			
	Parteien**	Fraktionen**	Stiftungen** . *** und	Verbänden** . ***
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Geschäftsführer*</li> <li>- leitende Angestellte*</li> <li>- Vorstandsmitglieder*</li>   <li>- Mitglieder von Kuratorien* oder Beiräten* oder vergleichbaren Gremien*</li> </ul>				

\* bitte namentlich angeben  
 \*\* bitte Funktionen angeben, erforderlichenfalls weitere Seiten beifügen  
 \*\*\* nur soweit parteinah